

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 15.12.2011	Beginn 17:25 Uhr	Ende 19:14 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner	
Kirschner, Thorsten	
Oehl, Heinz	
Orentat-Steding, Ingrid	
Philipp, Gerd E.	
Schier, Klaus Peter	
Schwabe, Bernd Ulrich	
Tempel, Gabriele	
Werner, Gudrun	
Flüshöh, Oliver	
Grothoff-Blum, Christian	
Grüntker, Hermann	
Heinemann, Manfred	
Hens, Bernd	
Kampschulte, Matthias	
Nockemann, Frank	
Rüttershoff, Heinz-Joachim	
Rüttershoff, Karen	
Steuernagel, Rolf	
Zeilert, Hans-Jürgen	
Dilly, Mike	
Poschmann, Jan	
Schwunk, Michael	
Stark, Wolfgang	
Gießwein, Brigitta	
Gießwein, Marcel	
Rindermann, Horst	
Weidenfeld, Uwe	
Garn, Elke	
Lubitz, Eleonore	
Bockelmann, Christian Dr.	ab 18:00 Uhr - TOP A 19
Siepmann, Ernst Walter	

Vorsitzender

Stobbe, Jochen	
----------------	--

stellv. Vorsitzende

Ferrara, Santo	
Hortolani, Frauke Dr.	
Sartor, Christiane	

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus	
----------------	--

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Effert, Susanne	
Eibert, Peter	
Fleitmann, Sabine	
Guthier, Wilfried	
Heringhaus, Petra	
Klos, Karlheinz	
Kuss, Jürgen	
Rudolph, Heike	
Rüth, Christian	
Schmittutz, Boris	
Schweinsberg, Ralf	
Sormund, Frank	
Striebeck, Thomas	

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud	
-------------------	--

Abwesend:

Mitglieder

Lotz, Katharina	
Kranz, Jürgen	
Feldmann, Jürgen	

A Öffentliche Tagesordnung

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 20.10.2011	
4	Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung	
5	Mitteilungen des Bürgermeisters	
6	Ausschussumbesetzungen	226/2011
7	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 01.01.13 - "Gebäudemanagement"	231/2011
8	25. Flächennutzungsplan-Änderung (Bereich Winterberg) 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB 2. Beschluss zu § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB	201/2011
9	Bebauungsplan Nr. 86 "Wohngebiet Winterberg" 1. Abwägung und Beschlussfassung über § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB 2. Beschluss zu § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB	198/2011/1
10	Bebauungsplan Nr. 94 "Westlich Haßlinghauser Straße" 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB 2. Beschluss zu § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB	197/2011
11	Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Buchungsstelle 12.01.01/0009.785210 "Endausbau Ehrenberger Straße" (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW)	233/2011
12	Bereitstellung überplanmäßiger Ausgaben für Buchungsstelle 02.01.05.543190 -Sonstige Geschäftsaufwendungen- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW	228/2011
13	Neufassung der Gebührensatzung über die Erhebung von Marktstandsgeld in der Stadt Schwelm	222/2011

14	a) Neufassung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	216/2011
15	a) Neufassung der Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	217/2011
16	a) 5. Nachtrag zur Gebührensatzung für die Abfallwirtschaft in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	218/2011
17	a) 5. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	219/2011
18	Winterdienst / Sachstandsbericht zu erforderlichen Maßnahmen aus dem Bereich der Straßenverkehrsbehörde	210/2011/2
19	Antrag der FDP-Fraktion vom 02.11.2011 - Fortführung der Planungen zur B 483 n	214/2011
20	6. Änderungssatzung zur Satzung des VHS-Zweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW	199/2011/1
21	Entwurf des Jahresabschlusses 2008	213/2011
22	Jahresabschluss 2010 der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG (GSWS)	194/2011
23	Ordentliche Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft Ennepe - Ruhr mbH am 08.12.2011 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW	229/2011

24	Sozialraumanalyse - mit Antrag der SPD- Fraktion vom 04.07.2011 und Ergänzungsantrag vom 06.12.2011	227/2011/2
25	Modellvorhaben "Kommunale Präventionsketten" des Landes NRW mit Beratung des Antrags des CDU-Fraktion vom 11.10.2011	207/2011
26	Konzept zur Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen in Schwelm	225/2011/2
27	Änderung der Satzung der Stadt Schwelm über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen, Tagespflege und OGS	206/2011/1
28	Entgeltordnung der Stadt Schwelm für die Nutzung von Sportstätten	212/2011/1
29	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2011 Bebauungsplanverfahren für das Brauereigelände	215/2011/1
30	Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2011	221/2011/1
31	Antrag der CDU - Fraktion vom 12.10.2011 "Resolution Kommunalfinanzen"	230/2011
32	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
----------	--	--

Bürgermeister Stobbe begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Rates.

2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
----------	---	--

Anschließend stellt Herr Stobbe fest, dass der Rat ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung trägt er nachstehende beabsichtigte Ergänzungen bzw. Änderungen vor:

HINZUKOMMENDE VORLAGE

Neu A 11 – VL 233/2011:

„Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Buchungsstelle 12.01.01/0009.785210 "Endausbau Ehrenberger Straße" (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW)

ZU TAUSCHENDE TOPE

Die TOPE A 9 mit der Vorlage **197/2011** „Bebauungsplan Nr. 94 "Westlich Haßlinghauser Straße" - 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB - 2. Beschluss zu § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB“ und TOP A 10 mit der Vorlage **198/2011/1** „Bebauungsplan Nr. 86 "Wohngebiet Winterberg" - 1. Abwägung und Beschlussfassung über § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB - 2. Beschluss zu § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB“ sollten getauscht werden. Der Tausch der TOP ist sinnvoll, damit nach Beschluss über den FNP „Winterberg“ direkt der Beschluss über den BPlan „Winterberg“ erfolgen kann.

AUSZUTAUSCHENDE VORLAGEN

unter A 10

VL 198/2011 durch VL 198/2011/1

„Bebauungsplan Nr. 86 "Wohngebiet Winterberg"

1. Abwägung und Beschlussfassung über § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB - 2. Beschluss zu § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB“

unter neu A 24

VL 227/2011/1 durch VL 227/2011/2

„Sozialraumanalyse - mit Antrag der SPD- Fraktion vom 04.07.2011 und Ergänzungsantrag vom 06.12.2011“

unter neu A 26

VL 225/2011/1 durch VL 225/2011/2

Konzept zur Mitwirkung behinderter Menschen in Schwelm

unter neu A 27

VL 206/2011 durch VL 206/2011/1

Änderung der Satzung der Stadt Schwelm über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen, Tagespflege und OGS

unter A 28

VL 212/2011 durch VL 212/2011/1

Entgeltordnung der Stadt Schwelm für die Nutzung von Sportstätten

unter A 29

VL 215/2011 durch VL 215/2011/1

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2011
Bebauungsplanverfahren für das Brauereigelände

unter A 30

VL 221/2011 durch VL 221/2011/1

Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2011

Abstimmungsergebnis über die Änderung/Ergänzung der Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

In Anbetracht der langen Tagesordnung schlägt der Bürgermeister vor, entsprechend den Regelungen in der Geschäftsordnung die Redezeit zu begrenzen.

Herr Weidenfeld kritisiert die lange Tagesordnung und weist auf die getroffene Absprache hinsichtlich einer maximalen Sitzungsdauer bis 20:00 Uhr hin.

Da zum Vorschlag des Herrn Stobbe auf Begrenzung der Redezeit vom Rat keine Gegenrede zu vernehmen ist, stellt der Bürgermeister fest, entsprechend zu verfahren.

Anschließend spricht Herr Stobbe diverse nachträgliche Geburtstagswünsche aus.

3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 20.10.2011	
----------	---	--

Die Niederschrift wird genehmigt !

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

4	Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung	
----------	---	--

keine

5	Mitteilungen des Bürgermeisters	
----------	--	--

keine

6	Ausschussumbesetzungen	226/2011
---	-------------------------------	----------

Beschluss:

Die in der Anlage 1 zur Vorlage 226/2011 aufgeführten Ausschussumbesetzungen werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

7	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 01.01.13 - "Gebäudemanagement"	231/2011
---	--	----------

Herr Gießwein erklärt, dass sich die Fraktion B'90/Die Grünen bei der Abstimmung enthalten werde.

Bereits in der Ratssitzung am 31.03.2011 hätten sie darauf hingewiesen, dass der seinerzeit beschlossene Umstieg von Eigenreinigung auf Fremdreinigung ein „Schnellschuss“ sei, da er auf fehlerhaften Informationen basiere. Wegen fehlender ausreichender Prüfung habe man nun viele gute Arbeitskräfte verloren und Mehrkosten verursacht. Zwar seien 70.000 € Personalkosten eingespart, aber im Gegenzug auch 110.000 € für die Fremdreinigung ausgegeben worden.

Herr Flüshöh stellt fest, dass man sich mit dem Thema noch mehrfach auseinandersetzen müsse. Für ihn sei unstrittig, dass es im Rat hierzu unterschiedliche Positionen gebe. Er weist darauf hin, dass seinerzeit nicht nur die Politik die Entscheidung getroffen habe, sondern auch die Verwaltung. Die von Herrn Gießwein erläuterten Mehrkosten seien für ihn aus der Vorlage so nicht ersichtlich.

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 01.01.13.524190 - "sonstige Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen" werden überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 114.000,-- € und bei der Haushaltsstelle 01.01.13.543160 - "Sachverständigen-, Gerichts- u. ä. Kosten" in Höhe von 64.000,-- € bewilligt. Die Deckung ist durch Minderaufwand / Minderauszahlungen in Höhe von 178.000,-- € bei der Haushaltsstelle 01.01.13.501200 - "Dienstaufwendungen tariflich Beschäftigte" sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	9

8	25. Flächennutzungsplan-Änderung (Bereich Winterberg) 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB 2. Beschluss zu § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB	201/2011
---	---	----------

Mit Hinweis auf den dringend weiter zu verfolgenden Klimaschutz kritisiert Herr Weidenfeld, dass im Verfahren zur Flächenplannutzungsänderung Winterberg diese Kriterien, wie z.B. Blockheizkraftwerke, Solaranlagen, das Thema Entwässerung zu wenig gewürdigt worden seien. Die Fläche sei viel zu groß, als dass man diese Punkte nicht entsprechend prüfen müsste.

Aus diesem Grund werde die Fraktion B'90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Beschluss:

1. Gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die öffentliche Auslegung der 25. Flächennutzungsplan (FNP) –Änderung (Bereich Winterberg), einschließlich des Erläuterungsberichtes beschlossen.
Von der Regelung des § 4a Abs. 6 BauGB wird Gebrauch gemacht.
Stellungnahmen, die nach Ablauf der Offenlegungsfrist eingehen, werden nicht berücksichtigt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Entwurfes zur 25. FNP-Änderung die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der z.Zt. gültigen Fassung, durchzuführen.
- 3.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	6
	Enthaltungen:	

9	Bebauungsplan Nr. 86 "Wohngebiet Winterberg" 1. Abwägung und Beschlussfassung über § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB 2. Beschluss zu § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB	198/2011/1
----------	---	-------------------

Herr Flsühöh erkundigt sich, ob die Gespräche mit der Kirche zwischenzeitlich stattgefunden haben und wenn ja, mit welchem Ergebnis.

Herr Sormund bejaht dies und teilt kurz den Konsenz der Gespräche mit. Darüber hinaus verweist er auf weitere Ausführungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Beschluss:

1. Gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 86 "Wohngebiet Winterberg", einschließlich der Entwurfsbegründung und der textlichen Festsetzungen (Anlagen zur Sitzungsvorlage Nr. 198/2011) beschlossen.
Von der Regelung des § 4 a Abs. 6 BauGB, dass unter den darin genannten Voraussetzungen Stellungnahmen, die nicht innerhalb der Offenlegungsfrist abgegeben werden, unberücksichtigt bleiben, wird Gebrauch gemacht.
Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 29.08.2011) Gemarkung

Schwelm, Flur 24, Flurstücke: 45, 48, 53, 54, 119, 123, 126-129, 152-154, 192, 193, 199 203 teilw., 227-230, 263-265, 307-310. Flur 25, Flurstücke: 753, 755-758, 789, 790 teilw., 791-795, 806 teilw..

Die genauen Grenzen des Plangebiets setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs.7 BauGB).

- Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Planentwurfes zu Bebauungsplan Nr. 86 „Wohngebiet Winterberg“ die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung, durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	6
	Enthaltungen:	

10	Bebauungsplan Nr. 94 "Westlich Haßlinghauser Straße" 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB 2. Beschluss zu § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB	197/2011
-----------	--	-----------------

Beschluss:

- Gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 94 "Westlich Haßlinghauser Straße", einschließlich der Entwurfsbegründung und der textlichen Festsetzungen (Anlagen zur Sitzungsvorlage Nr. 197/2011) beschlossen.

Von der Regelung des § 4 a Abs. 6 BauGB, dass unter den darin genannten Voraussetzungen Stellungnahmen, die nicht innerhalb der Offenlegungsfrist abgegeben werden, unberücksichtigt bleiben, wird Gebrauch gemacht.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 29.08.2011) Gemarkung Schwelm, Flur 5, Flurstücke: 154, 155, 177, 178 und 306.

Die genauen Grenzen des Plangebiets setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs.7 BauGB).

- Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Planentwurfes zu Bebauungsplan Nr. 94 „Westlich Haßlinghauser Straße“ die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung, durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	

11	Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Buchungsstelle 12.01.01/0009.785210 "Endausbau Ehrenberger Straße" (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW	233/2011
-----------	---	-----------------

Herr Schweinsberg informiert, dass vom Oberverwaltungsgericht im Ausbauverfahren der Ehrenberger Straße der Rechtsschutz einzelner Anwohner, die einstweilige Verfügungen erwirken wollten, abgelehnt wurde.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die vom Hauptausschuss am 08.12.2011 getroffene Dringlichkeitsentscheidung zur Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel bei der Buchungsstelle 12.01.01/0009.785210 „Endausbau Ehrenberger Straße“ gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

12	Bereitstellung überplanmäßiger Ausgaben für Buchungsstelle 02.01.05.543190 -Sonstige Geschäftsaufwendungen- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW	228/2011
-----------	--	-----------------

Beschluss:

Der Rat genehmigt die vom Bürgermeister und einem Ratsmitglied am 29.11.2011 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW zur überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln bei der Haushaltsstelle 02.01.05.543190 -Sonstige Geschäftsaufwendungen-.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

13	Neufassung der Gebührensatzung über die Erhebung von Marktstandsgeld in der Stadt Schwelm	222/2011
-----------	--	-----------------

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Gebührensatzung über die Erhebung von Marktstandsgeld in der Stadt Schwelm wird beschossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	

14	a) Neufassung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	216/2011
-----------	--	-----------------

Herr Schwunk wendet ein, dass es zu dem Thema Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) keine abschließende rechtliche Klärung gebe. Nach Aussage des Oberverwaltungsgerichtes sei die Mustersatzung nicht haltbar.

Herr Stobbe erwidert, dass die Verwaltung hierzu eine andere Rechtsauffassung vertrete.

Beschluss (zu b):

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	5

15	a) Neufassung der Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	217/2011
-----------	--	-----------------

Beschluss (zu b):

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

16	a) 5. Nachtrag zur Gebührensatzung für die Abfallwirtschaft in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	218/2011
-----------	---	-----------------

Beschluss (zu b):

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

17	a) 5. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	219/2011
-----------	---	-----------------

Beschluss (zu b):

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

18	Winterdienst / Sachstandsbericht zu erforderlichen Maßnahmen aus dem Bereich der Straßenverkehrsbehörde	210/2011/2
-----------	--	-------------------

Herr Schwunk teilt unter Bezugnahme auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BfS und SWG vom 03.11.2011 mit, dass man sich nach einem Gespräch mit dem 1. Beigeordneten auf den nachstehend aufgeführten modifizierten Vorschlag verständigt habe, dem seines Erachtens nun jeder zustimmen können müsste:

Die Fraktionen CDU, BfS, SWG und FDP beantragen unter Verweisung in den zuständigen AUS folgende Prüfung:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Parkraum in der Weststraße, der Kolpingstraße, der Straßburger Straße, der Blücherstraße, der Gustavstraße, der Heinrichstraße, der J.-F.-Kennedy-Straße, der Straße Am Steinbruch, der Windmühlenstraße und dem Tilsiter Weg unter Beachtung der Straßenverkehrsordnung und aller Sicherheitsanforderungen möglichst erhalten bzw. wieder hergestellt werden kann. Hierbei sollen insbesondere bei einem Ortstermin im zuständigen Fachausschuss AUS mittels Großfahrzeugen und ohne Gutachten sowie Beauftragung Dritter folgende Maßnahmen jeweils geprüft werden:

- hinkendes Parken
- zeitliche Begrenzungen der Halteverbotszonen
- Begrenzung der Halteverbote auf jeweils eine Straßenseite

(SWG, CDU, BfS und FDP)

Es schließt sich eine kurze kritische Diskussion über den Sinn und die Umsetzung der vorgeschlagenen Überprüfung der Halteverbotsmaßnahmen an, bevor Herr Stobbe zur Abstimmung über den oben aufgeführten modifizierten Antrag aufruft.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	18
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	12

19	Antrag der FDP-Fraktion vom 02.11.2011 - Fortführung der Planungen zur B 483 n	214/2011
-----------	---	-----------------

Bürgermeister Stobbe erkundigt sich bei der antragstellenden Fraktion, ob diese – wie im Hauptausschuss am 08.12.2011 erklärt – ihren auf den 1. Satz reduzierten Beschlussvorschlag aufrecht erhalte.

Nachdem die FDP-Fraktion dies bestätigt, erläutert Herr Weidenfeld für die Fraktion B'90/Die Grünen, warum diese der Absichtserklärung nicht beitreten werde. Die Behauptung, die Straße werde eine Umgehungsstraße, sei falsch. Sie führe nicht zu einer Ortsumgehung, sondern zu einer höheren Verkehrsbelastung.

Herr Kirschner signalisiert für die SPD-Fraktion, dass diese zustimmen werde. Die Ortsumgehung sei eine sinnvolle Maßnahme, wenn dadurch die Innenstadt entlastet werde. Im übrigen sei die Winterberger Straße an manchen Stellen wie z.B. in Höhe des Hauses „Am Weinberg“ für Begegnungen von Schwerlastverkehr vollkommen ungeeignet.

Herr Kampschulte befürwortet die Darstellungen des Herrn Kirschner.

Anschließend ruft Herr Stobbe zur Abstimmung über Satz 1 des Beschlussvorschlages des Antrages der FDP vom 02.11.2011 auf:

Der Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (bzw. Rat) befürwortet die dringende Notwendigkeit der Fortführung der Planungen und des weiteren Ausbaus der B 483 n.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	2

20	6. Änderungssatzung zur Satzung des VHS-Zweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW	199/2011/1
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat genehmigt die vom Hauptausschuss am 17.11.2011 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zur 6. Änderungssatzung zur Satzung des VHS-Zweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

21	Entwurf des Jahresabschlusses 2008	213/2011
-----------	---	-----------------

Bürgermeister Stobbe spricht dem Fachbereich Finanzen seinen Dank für die Fertigstellung des ersten Jahresabschlusses nach Einführung des NKF aus.

Beschluss:

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2008 wird zur Prüfung dem Rechnungsprüfungsausschuss zugeleitet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes übergibt Bürgermeister Stobbe die Sitzungsleitung an die erste stellvertretende Bürgermeisterin Frau Sartor.

Frau Sartor ruft anschließend Tagesordnungspunkt 22 mit Vorlage 194/2011 auf.

22	Jahresabschluss 2010 der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG (GSWS)	194/2011
-----------	---	-----------------

Frau Sartor teilt mit, dass Herr Kramer seinen Jahresabschlussbericht im Finanzausschuss gehalten habe.

Nachdem vom Rat keinerlei Fragen mehr vorgetragen werden ruft sie zur Abstimmung über Vorlage 194/2011 auf, bevor sie die Sitzungsleitung wieder an Herrn Stobbe übergibt.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Schwelm in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co KG, Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Ralf Schweinsberg oder Vertreter, wird ermächtigt, den Vorschlägen des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss 2010, zur Entlastung des Geschäftsführers und zur Wahl des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2011 zuzustimmen.
Ferner wird er ermächtigt, der Entlastung des Aufsichtsrates zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	

NB: Herren Flüshöh, Kampschulte, Philipp, Schier und Stobbe

23	Ordentliche Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft Ennepe - Ruhr mbH am 08.12.2011 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW	229/2011
-----------	--	-----------------

Herr Weidenfeld nimmt Bezug auf eine Pressemeldung, dass der VER in zwei Jahren die Zahlungsunfähigkeit drohe und bittet den Bürgermeister um eine ausführliche Erläuterung, wie es trotz der Vielzahl der beschlossenen Konsolidierungsbemühungen hierzu kommen konnte.

Herr Stobbe schlägt Herrn Weidenfeld vor, von der VER eine schriftliche Begründung einzuholen.

Auf Rückfrage bei Herrn Steuernagel erläutert dieser, dass das Eigenkapital der VER jedes Jahr stärker aufgezehrt werde. Die VER selbst stehe als solide arbeitendes Unternehmen da, dessen Eigenkapital – wenn keine Änderung eintritt - trotz aller Konsolidierungsbemühungen in 2015 aufgezehrt sein werde.
Der Kreis müsse nun über die weitere Unterstützung der VER entscheiden.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die vom Bürgermeister und einem Ratsmitglied am 29.11.2011 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW zur ordentlichen Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft Ennepe – Ruhr mbH (VER mbH).

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

Herr Rüttershoff war während der Abstimmung nicht anwesend.

24	Sozialraumanalyse - mit Antrag der SPD- Fraktion vom 04.07.2011 und Ergänzungsantrag vom 06.12.2011	227/2011/2
-----------	--	-------------------

Herr Philipp bekräftigt, dass der mit Beschlussfassung eingeschlagene Weg hoch zu bewerten sei. Er halte die Analyse für sinnvoll und hoffe auf eine positive Weiterentwicklung.

Herr Flüshöh bittet, im letzten Absatz des Beschlussvorschlages das Wort „ist“ durch „kann“ zu ersetzen.

Hierzu signalisieren alle Gremiumsmitglieder ihr Einverständnis.

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Sozialraumanalyse für Schwelm zur Ermittlung des kommunalen Bedarfs und zur Bestandsaufnahmen des kommunalen Hilfesystems durchzuführen, um eine Grundlage zu schaffen für den Aufbau präventiver Unterstützungsangebote und Handlungskonzepte zum Schutz von Kindern.

Die Sozialraumanalyse kann in Kooperation mit der TU Dortmund durchgeführt werden.

Für eine Durchführung im Wintersemester 2012/2013 soll bis 30.06.2012 eine verbindliche Vereinbarung mit geplantem Zeitrahmen angestrebt werden.

Alternativ *kann* eine zu finanzierende Sozialraumanalyse in Auftrag zu geben. Dies soll geschehen, wenn die notwendigen Mittel bis zum oben genannten Zeitpunkt eingeworben werden können.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

25	Modellvorhaben "Kommunale Präventionsketten" des Landes NRW mit Beratung des Antrags des CDU- Fraktion vom 11.10.2011	207/2011
-----------	--	-----------------

Herr Stobbe weist darauf hin, dass zur Vorlage 207/2011 weder im Jugendhilfeausschuss am 14.11.2011 noch im Hauptausschuss am 17.11.2011 ein Beschluss gefasst worden sei.

Aufgrund der im Jugendhilfeausschuss erfolgten Berichterstattung über das Ergebnis der am 09.11.2011 von Herrn Eibert und Herrn Menke besuchten Auftaktveranstaltung habe der Vertreter der antragstellenden Fraktion – Herr Nockemann – erklärt, den Antrag zurückzuziehen.

Auf Nachfrage des Herrn Stobbe, bestätigen Herr Nockemann und Herr Flüshöh, dass der Antrag durch die erfolgten Ausführungen der Verwaltung in der Sache durch Handeln erledigt worden sei.

26	Konzept zur Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen in Schwelm	225/2011/2
-----------	---	-------------------

Frau Lubitz erkundigt sich, an welcher Stelle die Entscheidung getroffen worden sei, nach der Satzung die Politik nicht in das Gremium zu wählen.

Herr Philipp erläutert, dass dies von den Betroffenen so angeregt worden sei und die Politik dem auch auf Nachfrage nicht widersprochen habe. Dies bedeute aber nicht, dass die Mitglieder des Rates dort nicht in anderer Funktion tätig werden könnten. Man habe sich lediglich auf eine Nichtbeteiligung als Fraktion verständigt.

Herr Steuernagel betont, dass er als Mitglied des SozVD (Sozialverband Deutschland) die Bildung des Behindertenbeirates ausdrücklich begrüße.

Herr Philipp ist erfreut, dass der eingebrachte Antrag von allen Fraktionen so breit getragen werde.

Herr Stobbe informiert, dass für den 30.01.2012 die Konstituierung des Behindertenbeirates geplant sei.

Beschluss:

Die von der Verwaltung eingebrachte Satzung der Stadt Schwelm über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen in Schwelm gemäß der Anlage zur Vorlage Nr. 225/2011/2 wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Inkrafttreten der Satzung Maßnahmen zur personellen Besetzung des Behindertenbeirates zu treffen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

27	Änderung der Satzung der Stadt Schwelm über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen, Tagespflege und OGS	206/2011/1
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Änderung der Satzung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und OGS wird beschlossen.

Die von der Verwaltung in Anlage 2 zur Vorlage 206/2011/1 vorgeschlagene Änderung der Satzung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und OGS wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	31
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

28	Entgeltordnung der Stadt Schwelm für die Nutzung von Sportstätten	212/2011/1
-----------	--	-------------------

Herr Schweinsberg teilt mit, dass man die Vorlage auf Wunsch der Politik bislang nicht zur Abstimmung gebracht habe, da zunächst die Gespräche mit den Vertretern des Stadtsportverbandes geführt werden sollten.

Frau Nielen habe zum Thema „Betrieb gewerblicher Art“ (BgA) und den hierfür erforderlichen steuerrechtlichen Voraussetzungen im Hauptausschuss am 08.12.2011 umfassend berichtet.

Wie seither bekannt, ist für die Anerkennung als BgA die Erzielung jährlicher Einnahmen in Höhe von mindestens 30.678 € zwingend erforderlich. Dieses Einnahmenvolumen könne jedoch mit der in Anlage 1 zur Vorlage 212/2011/1 vorgestellten Entgeltordnung für die Nutzung von Sportstätten nicht erzielt werden.

Nach Auffassung der Verwaltung sei die Einführung der BgA aber aus Gründen der Haushaltskonsolidierung zwingend erforderlich. Die Verwaltung schlage daher vor, die in der Entgeltordnung aufgeführten Werte von 1 € auf 2 € und von 0,50 € auf 1 € zu erhöhen. Damit erreiche man jährliche Einnahmen von ca. 33 – 34.000 €.

Herr Stobbe weist ergänzend darauf hin, dass der Beschlussvorschlag im Falle des Einverständnisses entsprechend abzuändern sei.

Nachdem keine Einwände vorgetragen werden, ruft Herr Stobbe zur Abstimmung über die der Vorlage 212/2011/1 als Anlage beigefügte Entgeltordnung unter Berücksichtigung der abgesprochenen Änderung der dort aufgeführten Entgelte auf.

Geänderter Beschluss:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Entgeltordnung gem. der Anlage zur Vorlage Nr. 212/2011/1 wird **mit nachstehender Änderung** des § 3 beschlossen:

§ 3 Höhe der Entgelte

*Entgelte werden für eine 60/30minütige Nutzungszeit erhoben.
(Die genannten Entgelte enthalten bereits die Mehrwertsteuer.)
Sportanlage*

Entgelt:

1. Sportplatz einschließlich Tribüne und Umkleiden	2,-/1,- €
2. Einfachsporthallen einschließlich Tribüne und Umkleiden	2,-/1,- €
3. Zweifachsporthallen einschließlich Tribüne und Umkleiden	2,-/1,- €
4. Hallenbad einschließlich Umkleiden	2,-/1,- €
5. Übrige städtische Räume (<u>für Sportzwecke</u>)	2,-/1,- €

Diese Vorlage tritt an die Stelle der bisherigen Vorlage Nr. 212/2011.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	

Herr Philipp war während der Abstimmung nicht anwesend.

29	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2011 Bebauungsplanverfahren für das Brauereigelände	215/2011/1
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Aufstellungsbeschluss vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	3

Herr Stark war während der Abstimmung nicht anwesend.

30	Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2011	221/2011/1
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu Punkt 1 des Haushaltsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2011 einen Konzeptvorschlag zu entwickeln. Die Punkte 2 – 7 des Antrags werden zur weiteren Beratung an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	31
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	3

Herr Stark war während der Abstimmung nicht anwesend.

31	Antrag der CDU - Fraktion vom 12.10.2011 "Resolution Kommunalfinanzen"	230/2011
-----------	---	-----------------

Herr Flühshöh stellt zum Thema „Resolution Kommunalfinanzen“ fest, dass das Gesetz zum Stärkungspakt Stadtfinanzen vom Land zwischenzeitlich erlassen worden sei. Er weist jedoch warnend darauf hin, dass die Summe der Kassenkredite in NRW derzeit die Höhe von rund 20 Milliarden € überschritten habe und sich im Laufe der kommenden drei Jahre noch um ca. 75 % erhöhe.

Auch wenn dem Haushalt der Stadt Schwelm nunmehr Mittel aus dem Stärkungspakt zufließen werden, sei zwar die Verwendung der Mittel zu überlegen, aber auch die Diskussionen aus der Vergangenheit über Einsparungsmöglichkeiten fortzuführen.

Insgesamt begrüße er perspektivisch aber auch, unter weniger starkem finanziellem Druck wieder Diskussionen über Angelegenheiten, die die Stadt Schwelm nach vorne bringen, aufgreifen zu können.

Nach Auffassung des Herrn Philipp sind der Antrag der CDU und das erlassene Gesetz ein 1. Schritt, dem noch weitere folgen müssen. Trotz der Mittel aus dem Stärkungspakt sei es wichtig, die Konsolidierungsbemühungen konsequent weiter zu verfolgen.

Abschließend zieht Herr Flühshöh den Antrag vom 12.10.2011 wegen der zwischenzeitlich im Landtag erfolgten Beschlussfassung zurück.

32	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	
-----------	--	--

Der Bürgermeister spricht das Thema „Rechtsextremismus“ an und erkundigt sich bei der Politik, wie diese mit diesem Thema umgehen möchte.

Herr Philipp regt an, über gegebene Möglichkeiten eines kommunalen Parlaments nachzudenken. Die heute gefassten Beschlüsse über die Sozialraumanalyse und den Behindertenbeirat seien bereits entsprechende Signale. Zielsetzung müsse auch sein, Kinder zu stärken, sich z.B. von Ausgrenzungen oder Stigmatisierungen abzugrenzen.

Herr Kampschulte erinnert an eine parteiübergreifende Aktion in der Fußgängerzone in der letzten Wahlperiode, die u.U. wiederholt werden könnte.

Frau Lubitz spricht sich für den Schwerpunkt „Bildung“ im Kampf gegen Rechtsextremismus aus. Unter Hinweis auf den Tod von Franz Josef Degenhardt erkundigt sie sich nach evtl. Möglichkeiten des Rates, ihn zu ehren. Herr Stobbe informiert, dass auf der Homepage der Stadt Schwelm am 16.11.2011 eine Erklärung seitens der Stadt Schwelm über Franz Josef Degenhardt veröffentlicht worden sei.

Am Ende schlägt Herr Stobbe vor, das Thema „Rechtsextremismus“ nochmals im Kreis Interessierter zu diskutieren.

Herr Flühshöh kündigt an, mit dem Bürgermeister unter vier Augen über den gemeinsamen Umgang miteinander in Sitzungen sprechen zu wollen.

Zu der stattgefundenen Diskussion über die Halteverbotszonen erklärt Herr Flühöh, dass es ihm fern lag, die Arbeit des „Runden Tisches“ nicht anzuerkennen. Für den Fall, dass dies falsch verstanden worden sei, betont er, dass er die Arbeit des „Runden Tisches“ nie in Frage gestellt habe.

Zum Abschluss des Sitzungsjahres spricht Bürgermeister Stobbe allen seinen Dank für die gemeinsame Arbeit aus. In 2011 seien viele Streitige Diskussionen geführt worden und man müsse sicher überlegen, wie man zukünftig erreiche, dass nicht so viele Entscheidungen in den Rat verlagert, sondern in den Fachausschüssen ausdiskutiert werden. Auch in 2012 stehen wieder eine Reihe von Entscheidungen an.

Des Weiteren dankt Herr Stobbe den vielen Institutionen, wie z.B. der Organisation „Stolpersteine“, die während des ganzen Jahres für die Stadt tätig sind und wünscht allen ein ruhiges Weihnachtsfest und guten Übergang in das Jahr 2012.

Veröffentlichung eines Beschlusses aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung:

Zu TOP B 3	Planung des Ausbaus von Plätzen in Kindertagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren	208/2011
------------	---	----------

Beschluss:

Das vorliegende Ausbaukonzept wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die begonnenen Gespräche mit potentiellen Trägern fortzusetzen und Vereinbarungen entsprechend des Ausbaukonzeptes abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	
	Enthaltungen:	3

NB: Herr Flühöh

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 22 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 16.12.2011	Schritfführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------